

Wirtschafts- und sozialgeschichtliche  
Forschungen und Probleme



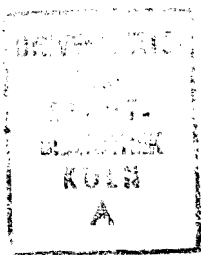
# Karl Erich Born

zur Vollendung des 65. Lebensjahres  
zugeeignet

von  
Kollegen, Freunden und Schülern

SCRIPTA MERCATURAE VERLAG

herausgegeben von  
Hansjoachim Henning, Dieter Lindenlaub  
und Eckhard Wandel



Die Autoren dieses Bandes gratulieren mit ihren Beiträgen

**Karl Erich Born**

zur Vollendung seines 65. Lebensjahres. Sie behandeln Fragen aus Themenbereichen, die den Jubilar in seinen Forschungen beschäftigt haben. Sie danken ihm damit für den anregenden Gedankenaustausch, die geradlinige und warmherzige Art des Miteinanderumgehens und die prägende Lehrtätigkeit.

Die Herausgeber danken der Robert Bosch Stiftung, der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar, Stuttgart, der Industrie- und Handelskammer Reutlingen, der Deutschen Bank und der Landeszentralbank Baden-Württemberg, die durch materielle Förderung zum Erscheinen dieses Bandes beigetragen haben.

Henning, Hansjoachim; Lindenlaub, Dieter; Wandel, Eckhard (Hrsg.)

Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Forschungen und Probleme  
Karl Erich Born zur Vollendung des 65. Lebensjahres zugeeignet  
von Kollegen, Freunden und Schülern

St. Katharinen 1987

ISBN 3 - 922661 - 32 - 7

Copyright: Scripta Mercaturae Verlag

D - 6551 St. Katharinen, Am roten Berg 5 - 9

ISBN 3 - 922661 - 32 - 7

## Die Weltwirtschaftskrise in Deutschland: Die gesamtwirtschaftliche, die einzelwirtschaftliche und die internationale Perspektive

Dieter Lindenlaub

### I. Probleme, Fragen, Vorgehen

Alle Vorgänge in der Geschichte können ein Interesse beanspruchen, das über sie selbst hinausgeht: Denn wer aus ihnen lernen will, muß sie zur Instanz für die Prüfung und Weiterentwicklung von Theorien, von allgemeinem Wissen machen. Schwere Erschütterungen erregen indessen eine außergewöhnliche theoretische Aufmerksamkeit: Denn ihre Vermeidung bzw. Überwindung oder ihre Herbeiführung wird, je nach subjektiver Bewertung, als ein besonderes politisches Bedürfnis empfunden. Die Weltwirtschaftskrise 1929 - 1933 war eine solche schwere Erschütterung. Alle Versuche, die Weltwirtschaftskrise und ihre Überwindung zu erklären, können von Bedeutung sein: Denn sie erweitern eventuell unser theoretisches Wissen über die Vermeidung, Überwindung oder Herbeiführung solcher Wirtschaftskrisen. Zumindest für eine dieser Theorien, die keynesianische Theorie der Staatsnachfrage, ist die Weltwirtschaftskrise schließlich auch deshalb eine vorrangige Prüfungsinstanz, weil diese Theorie sich in den 1970er Jahren, als die antizyklische Finanzpolitik die hohe Arbeitslosigkeit nicht beseitigte, nicht bewährt hat. Vielleicht erklärt diese Theorie indessen die Entstehung und Beseitigung einer Arbeitslosigkeit, wie sie in den 1930er Jahren auftrat. Ähnliches gilt von der Kaufkrafttheorie.

Es sind in der Hauptsache folgende Theorien, die in der Erklärung von Entstehung und Überwindung der besonders schweren, "übernormalen" Arbeitslosigkeit in den 1930er Jahren konkurrieren, für die die Weltwirtschaftskrise also Bewährungsprobe ist:

1) Die Theorie der "säkularen Stagnation": Da der technische Fortschritt und das Bevölkerungswachstum im Reifestadium des Kapitalismus nachlassen, nehmen die Investitionsmöglichkeiten ab. Die Beschäftigung hat nur die Möglichkeit, sich einer stagnierenden bzw. sinkenden Arbeitsmenge durch Aufteilung der Arbeit anzupassen.

2) Die Deflationstheorie: Bei festen Wechselkursen (wie sie in allen Industrieländern bis weit in die Weltwirtschaftskrise bestanden) kommt es zu einem Konjunkturausgleich unter den verschiedenen Ländern, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: Die Länder müssen bereit sein, die Geldmenge entsprechend den Währungsreserven zu verändern, die Preis- (und Kosten-)niveaus müssen flexibel sein, die Geldpolitik muß spielregelgerecht sein und der internationale Waren- und Kapitalverkehr darf nicht behindert werden. Dann wird z. B. ein Land mit

die Geldmenge senken. Daraufhin sinken Preise, Kosten, Einkommen und Importe. Die Preissenkungen führen zu Export- und damit Beschäftigungssteigerungen.

3) Die Rentabilitätstheorie: Ausgangspunkt dieser Auffassung ist der Gedanke, daß Arbeitslosigkeit dort auftritt, wo es an Investitionsmöglichkeiten mit positiven Ertragschancen fehlt: Investitionen mit positiven Ertragschancen schaffen Einkommen unmittelbar und Arbeitsplätze auf lange Sicht; Investitionsausgaben sind daher zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit Konsumausgaben vorzuziehen. Investitionen sind auch dann zur Errichtung von Arbeitsplätzen notwendig, wenn die bestehenden Produktionskapazitäten nicht ausgelastet sind: Sie machen auch einen unausgelasteten Produktionsapparat wettbewerbsfähiger, und sie steigern durch die Beschäftigteneinkommen, die mit ihnen erzielt werden, die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung solange, bis aus ihnen selber eine Produktionskapazität geworden ist<sup>1)</sup>. Um die Investitionen und damit die Beschäftigung zu steigern, müssen in ersten Linie die Gewinnerwartungen verbessert werden. Die Gewinnerwartungen nehmen zu, wenn das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik des Staates wächst und wenn - vor allem - das Kosten-Erlösverhältnis verbessert wird; insbesondere müssen sinkende bzw. zurückbleibende Löhne den Anstieg der Gewinne ermöglichen.

4) Die monetaristische Theorie: Über Ausmaß und Überwindung der Arbeitslosigkeit entscheidet die Geldmenge. Eine durch die Deflationspolitik betriebene bzw. nicht verhinderte Senkung der Geldmenge erzeugt Arbeitslosigkeit, die Aufrechterhaltung der Geldmenge verhindert Arbeitslosigkeit, Erhöhung überwindet sie. Umfang und Verwendung der Geldmenge sind direkt oder (über die erzielten Einkommen indirekt) abhängig vom Geldangebot. Das Geldangebot wird (über die Diskont- und Offenmarktpolitik) von der Zentralbank gesteuert. Die Verwendung des Geldangebots durch das Publikum (als liquide Mittel oder als Mittel zur Finanzierung von Verbrauchsgütern oder Sachanlagen) ändert sich nicht. Sie bleibt konstant. Die Nachfrage nach Geld hat also keinen selbständigen Einfluß auf die Geldmenge. Das Geldangebot selbst steuert vielmehr Geldmenge und Beschäftigung.

5) Die Nachfragetheorien: Diese Theorien stellen eine Gegenposition zu denjenigen Theorien dar, die die Beschäftigungskrise und ihre Überwindung in erster Linie aus der Gestaltung des Güterangebots oder des Geldangebots erklären. Zumindest was die Diagnose angeht, z. T. aber auch im Therapievorschlag, gilt der englische Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes als ihr Hauptvertreter. Beschäftigungskrisen entstehen für ihn nicht aus einer Senkung des Geldangebots, sondern aus einem autonomen, d. h., vom Einkommen unabhängigen Absinken der Endverbrauchernachfrage (private und/oder öffentliche Hand).

1) Diese letztere Überlegung ist der theoretische Grundgedanke in dem Buch von Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958

In der Krise sind Änderungen des Geldangebots (z. B. erleichterter Zugang zu Krediten durch Diskontsenkungen) ebenfalls ohne Bedeutung. Denn anders, als die Monetaristen meinen, ändert sich die Reaktion der Wirtschaftsteilnehmer auf das Geldangebot mit der Beschäftigungssituation: Entweder wird in der Krise mehr Geld zu spekulativen Zwecken gehortet, so daß die angestrebte Zinssenkung nicht eintritt; das vermehrte Geldangebot ist in die "Liquiditätsfalle" gelaufen. Oder die Zinsen sinken zwar, aber die Investitionen bleiben aus, weil bereits der bestehende Produktionsapparat nicht ausgelastet ist.

Die Gewinne und Gewinnerwartungen über andere Kosten-, vor allem Lohnsenkungen zu erhöhen, ist nicht möglich. Denn einmal sind die Löhne, insbesondere durch die Tätigkeit der Gewerkschaften, nach unten starr; zum anderen bewirkt Lohnsenkung Kaufkraftsenkung und damit eine weitere Abnahme der Beschäftigung. Die Anhebung der Beschäftigung in dieser Situation gelingt nur, wenn zunächst die Kaufkraft der privaten Endverbraucher (durch Steuersenkungen oder Lohnerhöhungen) gestärkt wird, oder wenn der Staat von sich aus antizyklisch die Ausgaben erhöht und damit die Nachfragerlücke ausfüllt. Beides führt dazu, daß die privaten Investitionen steigen, was auch dieser Auffassung zufolge notwendig ist. Die erste Variante stützt sich auf die sog. Kaufkrafttheorie des Lohnes, die zweite Variante ist die Hauptempfehlung der "post-keynesianischen" Wirtschaftslehre.

6) Die "Initialzündungstheorie": Der vorstehenden "klassischen" Interpretation Keyneschen Denkens setzte 1966 der schwedische Wirtschaftswissenschaftler Axel Leijonhuvud<sup>1a)</sup> eine "liberale" Deutung entgegen, die der seinerzeit auch in Deutschland entwickelten Initialzündungstheorie ähnelt, zur Erklärung der Überwindung der Weltwirtschaftskrise auch häufig hinzugezogen wird, aber - zumindest in ihren Grundannahmen - verhältnismäßig unbekannt ist. Nach Leijonhuvud haben starre Löhne und Zinsen und die Erhöhung von Staatsausgaben nur eine eingeschränkte Bedeutung in den Keyneschen Überlegungen zur Krisenüberwindung. Denn Keynes habe dem Reallohniveau und dem Zinsniveau in Wirklichkeit eine überragende Bedeutung für die Beschäftigung zugeschrieben. Senkungen dieser Niveaus ließen in seinen Augen die Beschäftigung steigen. Das Problem bei den Löhnen bestehe allerdings darin, daß die Nominallöhne infolge unelastischer Erwartungen der Arbeitnehmer (die sich an der Lohnentwicklung der Vergangenheit orientieren) sehr starr nach unten seien, eine Senkung der Reallöhne daher - in Demokratien - nur erreicht werden könne, wenn Preise stärker anstiegen als Löhne. Ein ähnliches Problem bestehe nach Keynes Ansicht bei den Zinsen. Deren Sinken werde durch ebenfalls unelastische Erwartungen der Spekulanten verhindert, die Geld horteten anstatt Vermögenspapiere in der Erwartung zu erwerben, bei sinkenden Zinsen von steigenden Kur-

1a) Axel Leijonhuvud, Über Keynes und den Keynesianismus. Eine Studie zur monetären Theorie, Köln 1973 (Englische Originalausgabe 1966).

sen zu profitieren. Niedrige Zinsen seien aber in den Augen Keynes' eine Voraussetzung für steigende Investitionen gewesen. Daher könne als Keynesische Standardempfehlung bei Unterbeschäftigung die Senkung des Zinsniveaus und (wenn auch nur über eine Steigerung des Preisniveaus) die Senkung des Reallohniveaus zwecks Stärkung der Investitionsneigung gelten. Ein Sinken des Zinsniveaus bewirke nur in denjenigen (seltenen) Fällen keinen Anstieg der Investitionen, in denen es gar keine positiven Gewinnerwartungen mehr gebe. Und nur für diese Fälle habe Keynes die vorübergehende Erhöhung der staatlichen Ausgaben zur "Ankurbelung" der Beschäftigung empfohlen. Diese Staatsausgaben sollten offenbar lediglich die Gewinnerwartungen der Unternehmer wecken und eine optimistischere Unternehmerstimmung erzeugen, eine Wirkung, die Keynes auch einer Senkung des allgemeinen Nominallohniveaus zuschrieb, wäre diese angesichts des Widerstandes der Arbeiter nur möglich gewesen<sup>2)</sup>. Die empfohlenen Staatsausgaben sollten aber nicht voll die in der Krise entstandene Nachfrage-lücke schließen.

Die Keynesischen Empfehlungen in dieser neuen Interpretation decken sich mit Überlegungen, die deutsche Wirtschaftswissenschaftler, vor allem der Liberale Wilhelm Röpke, schon während der Krise und zudem eindeutiger angestellt haben. Auch Röpke empfahl 1931, um die schwere Krise schneller zu überwinden, als ihm dies mithilfe allein der "Selbsteilungskräfte" möglich schien, den Einsatz zusätzlicher staatlicher Investitionsausgaben (für den Straßenbau, die Elektrizitätswirtschaft u. ä.). Auch Röpke sah die krisenüberwindende Wirkung dieser Staatsausgaben weniger in der direkten (und multiplikativen) zusätzlichen Arbeitsbeschaffung, die sie erzeugten. Er sah ihre wesentliche Wirkung vielmehr in der "Initialzündung", mit der sie Kreditvergabe und Kreditnahme, Produktion und Investition der privaten Wirtschaft wieder in Gang setzen könnten. Und auch Röpke machte den Beschäftigungserfolg davon abhängig, daß normale Bedingungen für gewinnbringende Investitionen vorhanden seien oder geschaffen würden: ein elastisches Preis-Kosten-Gefüge (vor allem elastische Zinsen und Löhne) und das Vertrauen der Investoren in eine stabile Wirtschafts- und Währungspolitik<sup>3)</sup>.

2) John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München und Leipzig 1936, S. 223

3) Wilhelm Röpke, Ein Weg aus der Krise, Frankfurter Zeitung v. 7.5.1931. Wiederabgedruckt in W. Röpke, Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrtenlebens unserer Zeit. Gesammelt und hrsg. v. A. Hunold, Zürich/Stuttgart 1959, S. 54 - 60. Ders., Krise und Konjunktur, Leipzig 1932, S. 120 f. . Ders., Die Nationalökonomie des New Deal, in: Zeitschrift für Nationalökonomie 5, 1934, S. 370 - 386. Wiederabgedruckt in: W. Röpke, Gegen die Brandung, a. a. O., S. 60 - 84, hier S. 70 - 74. - Wilhelm Lautenbach, Auswirkungen der unmittelbaren Arbeitsbeschaffung, Nov. 1933. Abgedruckt in: G. Bombach, K. R. Netzband, H. - J. Ramser, M. Timmermann (Hrsg.), Der Keynesianismus III. Die geld- und beschäftigungstheoretische Diskussion in Deutschland zur Zeit vor Keynes. Dokumente und Analysen, Berlin/Heidelberg/New York 1981, S. 308: Für den Umfang

Während der Weltwirtschaftskrise war unter Interessentengruppen, Politikern und Wissenschaftlern die Meinung darüber geteilt, ob die Deflations- und Rentabilitätstheorien oder die Nachfragetheorien Entstehung und Überwindung der schweren Arbeitslosigkeit am besten erklären<sup>4)</sup>. In den 1960er und 1970er Jahren, in denen die Wirtschaftsgeschichtsschreibung keynesianische Züge trug, gab die Wirtschaftsgeschichtsschreibung überwiegend den Nachfragetheorien den Vorzug: Die mit Lohnsenkung verbundene Deflationspolitik habe die Krise in ihr Tief geführt, die Ausdehnung der Staatsnachfrage habe die Krise überwunden, ein Verzicht auf Lohnsenkung und eine Ausdehnung der Staatsnachfrage zu einem früheren Zeitpunkt hätten zur Milderung und früheren Überwindung der Krise beigetragen. 1978 hat Knut Borchardt das Problem (für die Krise in Deutschland) neu aufgerollt: Er behauptete für die Vorkrisenjahre einen Zusammenhang zwischen hohen Arbeitskosten, niedrigen Investitionen und hoher Arbeitslosigkeit und deutete an, daß die Senkung der Kosten in der Krise eine Voraussetzung für den Aufschwung nach 1932 gewesen sei<sup>5)</sup>. Diese Meinung ist in den Folgejahren aber Minderheitsmeinung geblieben. Der positive Zusammenhang zwischen niedrigen Arbeitskosten, hohen Investitionen und hoher Beschäftigung auch im Deutschland der Zwischenkriegszeit ist - mit unterschiedlicher Akzentsetzung - nur von H. James, H. v. Kruedener und D. Lindenlaub vertreten worden<sup>6)</sup>. Die Mehrheit der Forscher lehnte das von Borchardt wieder auf-

der Beschäftigung seien rentable Investitionschancen entscheidend. Die Wirkung der Arbeitsbeschaffung hänge entscheidend von der Anregung ab, die sie auf neue Investitionen habe. Durch diese Anregung der Initiative "können praktisch mehr Arbeitskräfte zusätzlich beschäftigt werden, als durch die Arbeitsbeschaffung selbst und ihre errechenbare Sekundärwirkungen. Den größten Erfolg wird diejenige Arbeitsbeschaffung haben, die am stärksten den Unternehmergeist anregt, auch ihrerseits neue Investitionen unter Einsatz von Einnahmeüberschüssen oder Krediten durchzuführen". - Vgl. auch die zentrale These in Walter Adolf J ö h r, Konjunkturschwankungen, Tübingen/Zürich 1952, S. 584 f., 589 f., 596 - 599, 613 - 616: Konjunkturschwankungen seien ein kumulativer Vorgang, der sich durch psychologische Ansteckung selbst reproduziere. Die Wirtschaftssubjekte ließen sich bei ihren Entscheidungen umso mehr vom Beispiel anderer Wirtschaftssubjekte "anstecken", je unsicherer ihre Zukunftserwartungen seien.

4) Die Debatte in der Wirtschaftswissenschaft ist dargestellt in: Claus-Dieter K r o h n, Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918 - 1933, Frankfurt/New York 1981. Harold J a m e s, The German Slump. Politics and Economics 1924 - 1936, Oxford 1986, S. 324 - 342.

5) Borchardts Festvortrag auf der Jahressitzung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1978 über "Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes" ist mehrfach abgedruckt worden und in überarbeiteter Fassung zuletzt erschienen in: K. B o r c h a r d t, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1982, S. 165 - 182.

6) Harold J a m e s, Gab es eine Alternative zur Wirtschaftspolitik Brünnings? in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 80, 1983, S. 523 - 541. D e r s., The

genommene 7). Rentabilitätsargument ab. Die Gemeinsamkeit dieser Froscher beschränkte sich allerdings darauf, der Lohnsenkung in der Krise eine (überwiegend) beschäftigungsmindernde Wirkung zuzuschreiben. Darüber hinaus waren die Meinungen über die Erklärung der Krise und ihrer Überwindung geteilt: C.-L. Holtfrerich maß zwar den Investitionen entscheidende Bedeutung für die Beschäftigung zu, sah aber nicht in den hohen Löhnen, sondern in anderen Sachverhalten (ausländische Handelsschranken, Weltagrarkrise, hohe Kapitalkosten) die eigentlichen Belastungen der Vorkrisenzeit 8). Für C. S. Maier schaffen staatliche Initialzündung und sinkende Reallöhne wichtige Voraussetzungen für die Zunahme von Investitionen und damit Beschäftigung. Aber die Reallohnsenkungen müssen über Preissteigerungen erreicht werden; und das Lohnniveau in den 1920er Jahren sei nicht zu hoch gewesen 9). G. Plumpe sah ebenso wie Holtfrerich nicht in den Lohnkosten, sondern in den hohen Kapitalkosten und geschlossenen Außenmärkten die Hauptbelastungen für die Investitionstätigkeit der Weimarer Republik. Im Mittelpunkt seiner Argumentation steht aber der kaufkrafttheoretische Gedanke, der Weimarer Staat habe nicht an zuwenig, sondern an zuviel Investitionen gelitten: Der private Verbrauch sei der entscheidende Wirtschaftsfaktor der Weimarer Republik gewesen. Er hätte über eine Stabilisierung der Arbeitnehmerinkommen in der Krise gestärkt werden müssen 10). Kaufkrafttheoretischen Deutungen der Weltwirtschaftskrise neigen auch C. D. Krohn, G. Ziebura und wohl auch B. Weisbrod zu 11). H. Winkel und

German Slump, a. a. O., S. 190 - 243 passim. Jürgen von Krüedener, Die Überforderung der Weimarer Republik als Sozialstaat. Geschichte und Gesellschaft 11, 1985, S. 358 - 376. Dieter Lindelaub, Weltwirtschaftskrise, Studienbrief der Fernuniversität/Gesamthochschule Hagen, 1985. Der s., Löhne und Produktivität im Weimarer Deutschland, Leserbrief in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9.4.1986.

7) Die rentabilitätstheoretische Interpretation der Weltwirtschaftskrise ist auch nach dem 2. Weltkrieg nicht völlig verschwunden. Bahnbrechend in dieser Richtung war das Buch von René Erbe, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933 - 1939 im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958. Erbe betonte die positiven Rentabilitätswirkungen der Deflationspolitik. In Erbes Gefolge: Wolfram Fischer, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918 - 1945, 3. verb. Aufl. Opladen 1968, S. 58

8) Carl - Ludwig Holtfrerich, Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Bemerkungen zur Borchardt-These, in: Geschichte und Gesellschaft 10, 1984, S. 122 - 141

9) Charles S. Maier, Die Nicht-Determiniertheit ökonomischer Modelle. Überlegungen zu Knut Borchardts These von der "kranken Wirtschaft" der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft 11, 1985, S. 275 - 294

10) Gottfried Plumpe, Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise. Realität und Alternativen, in: Geschichte und Gesellschaft 11, 1985, S. 326 - 357, bes. S. 356

11) Claus - Dieter Krohn, "Ökonomische Zwangslagen" und das Scheitern der Weimarer Republik. Zu Knut Borchardts Analyse der deutschen Wirtschaft in den Zwanziger Jahren, in: Geschichte und Gesellschaft 8, 1982, S. 415 - 426, bes. S. 418 - 420. Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24 - 1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt/M. 1984, S. 184. Bernd Weisbrod, Die Befreiung



F. Blauch betonend, daß eine Ausdehnung der Staatsnachfrage bereits unter Brüning - teils zur Schließung der Nachfrangelücke, teils zur Initialzündung - die Krise rascher hätte überwinden helfen oder zumindest gemildert hätte<sup>12)</sup>.

Dieser Aufsatz geht erneut der Frage nach, welche wirtschaftlichen Sachverhalte und wirtschaftspolitischen Maßnahmen die schwere Krise in Deutschland hervorgerufen, welche sie überwunden haben und welche Wirkungen eventuelle alternative Maßnahmen gehabt hätten<sup>13)</sup>. Er sucht erneut nach der Erklärungskraft für die genannten, (z. T.) alternativen Theorien und unterwirft diese Theorien damit erneut einer Bewährungsprobe. Neu an diesem Erklärungsversuch ist lediglich, daß er in drei Punkten etwas umfassender und konsequenter, als meistens zu beobachten, ist: 1) Die Entwicklung der für die Frage bedeutsamen gesamtwirtschaftlichen und einzelwirtschaftlichen Größen wird vergleichend für Deutschland, die USA, England, Frankreich, Schweden und Japan untersucht; dieser Vergleich soll klären helfen, inwieweit die im Ausland praktizierten theoretischen Alternativen für den Krisenverlauf und die Krisenüberwindung in Deutschland beschäftigungswirksame Alternativen gewesen wären. 2) Der Vergleich wird auf die Zeit bis Ende der 1930er Jahre ausgedehnt, damit auch langfristige Wirkungen der Krisenpolitik erörtert werden können<sup>14)</sup>. 3) Es wird genauer gefragt, inwieweit die einzelwirtschaftlichen Bedingungen (Zinsen, Löhne, Gewinnerwartungen) für die in den Theorien prognostizierte Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Größen (Investition, Beschäftigung) vorlagen. - Von den verwendeten Daten sind neu lediglich eine Reihe einzelwirtschaftlicher Beobachtungen aus dem Bereich der deutschen Maschinenindustrie.

Ich beginne die Untersuchung mit einer Erklärung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungs- und Produktionsentwicklung aus der Entwicklung der Größen, für die das Sozialprodukt verwendet werden kann (Teil II). Anschließend versuche ich, die Art der Verwendung des Sozialprodukts, besonders Investitionen und Exporte, aus einzelwirtschaftlichen Größen (vor allem Arbeitskosten, dann

von den "Tariffesseln". Deflationspolitik als Krisenstrategie der Unternehmer in der Ära Brüning, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11, 1985, 295 - 325

12) Harald Winkel, *Der Glaube an die Beherrschbarkeit von Wirtschaftskrisen (1933 - 1970). Lehren aus der Weltwirtschaftskrise*, in: Gerhard Schulz (Hrsg.), *Die Große Krise der dreißiger Jahre. Vom Niedergang der Weltwirtschaft zum Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1985, S. 17 - 43. Fritz Blauch, *Der Schwarze Freitag. Inflation und Weltwirtschaftskrise*, München 1985, S. 101, 105 f.

13) Der größere Teil meiner Überlegungen ist sehr viel ausführlicher, allerdings ohne Fußnoten und - bis auf die Kontroverse zwischen Borchardt und Holtfrerich - ohne Eingehen auf die verschiedenen neuesten Forschungspositionen - in dem oben genannten Studienbrief für die Fernuniversität Hagen zu finden.

14) G. Plumpe (*Wirtschaftspolitik*, a. a. O. S. 348) meint, die Senkung der Arbeitskosten in der Krise hab zwar anschließend hohe Wachstumsraten ermöglicht, aber mit zu hohen sozialen und wirtschaftlichen Kosten, und sei daher nicht zu rechtfertigen. Ich verzichte auf die moralisch motivierte Ausklammerung irgendwelcher (hier: der langfristigen) Krisenwirkungen.

Zinskosten und Gewinnerwartungen) zu erklären (Teil III). Den Teil IV verwende ich auf einen Sondergesichtspunkt der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageerklärung: Die Frage ist, inwiefern die Beschäftigungswirkung der zusätzlichen Staatsnachfrage auf der Möglichkeit, das Verhalten der Investoren zu beeinflussen, und damit auf dem Vorliegen bestimmter einzelwirtschaftlicher Bedingungen, beruhte. In Teil V ziehe ich einige Schlußfolgerungen für die Erklärungskraft der zur Frage stehenden Theorien und für die wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielräume, die gesellschaftliche Gruppen in ähnlich schweren Krisen haben.

## II. Die Erklärung der Beschäftigung aus der Verwendung des Sozialprodukts

Lassen sich Parallelen zwischen der Aufteilung des Sozialprodukts auf Verbrauch, Investitionen und Export einerseits und der Entwicklung des Beschäftigungsgrades andererseits beobachten? Es ist eine allgemeine Beobachtung, daß der private Verbrauch, da er verhältnismäßig unelastisch ist, in Beschäftigungskrisen schwächer absinkt als Investitionen und Exporte, und daß zumindest die Investitionen im Konjunkturaufschwung wieder stärker steigen als der private Verbrauch. So war es auch in der Weltwirtschaftskrise. Aber es war kein überall quantitativ gleichförmiger Vorgang. Vielmehr entwickelten sich Niveau und Größenunterschiede von Verbrauch, Investitionen und Export in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich. Und es zeigen sich Parallelen, die wohl Zusammenhänge sind, zwischen bestimmten Nachfragekonstellationen und Beschäftigungsgraden. Ich möchte dem Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Nachfragekonstellation zunächst getrennt für die einzelnen Länder nachgehen und dann einige allgemeine Schlußfolgerungen ziehen.

Deutschland: Die Beschäftigung <sup>15)</sup> in der gesamten zweiten Hälfte der 1920er Jahre war instabil. Die Arbeitslosenquote (Tab. 1, Sp. 9) fiel in keinem Jahr durchschnittlich unter 6 %, stieg seit 1929 langsam und 1930 sprunghaft an und erreichte 1932 einen von keinem anderen Land erreichten Höchststand von durchschnittlich 30 %. Die Beschäftigung erholte sich dann aber so rasch, wie es sonst nur noch Japan gelang: Im September 1936 waren nur noch 5 % der abhängigen Erwerbspersonen arbeitslos; 1937 wurde - anders als in der Weimarer Republik - Vollbeschäftigung erreicht.

Die beschäftigungsschwachen Jahre vor Krisenausbruch, also die Jahre 1925 - 29, waren gleichzeitig verhältnismäßig investitionsschwach, exportschwach und verbrauchsstark. Dies geht gut aus einem Vergleich der Verwendungsstruktur des Sozialprodukts der Weimarer Zeit mit den Vollbeschäftigungsjahren der Vorkriegszeit hervor. Im Durchschnitt der Jahre 1925 - 29 (1910 - 13) betrug der

15) Ich verwende im folgenden als Maßstab für die Schwere der Krise nicht die Ab- und Zunahme der Zahl der Beschäftigten, sondern den Arbeitslosengrad, gemessen als das Verhältnis aller Arbeitslosen (ohne Kurzarbeiter) zu allen verfügbaren Erwerbspersonen.